

## WAHLTAGEBUCH

## Wahlkampf mit Wissen

Liebes Tagebuch! Einen ungewöhnlichen Wahlkampfesinsatz hat Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle absolviert. Der parteifreie Spitzenkandidat der Tiroler ÖVP lud die Tiroler in Wien zu einem kulturhistorischen Spaziergang ein. Während der zweistündigen Führung begab sich der gelernte Althilologe mit seinen Gästen auf die Spuren der Antike in der Wiener Innenstadt und erläuterte etwa anhand des Figurenschmucks der Wiener Hofburg die zwölf Arbeiten des Herkules. **pur**



Töchterle vor dem Kaiserdenkmal in der Hofburg. Bild: SN/MARTIN LUSSEER

## Wahlkampf mit Fußball

Den medialen Wirbel um das Fußballmatch Deutschland gegen Österreich nutzten am Freitag auch zwei Grün-Politikerinnen. Eva Glawischnig besuchte die ebenfalls wahlkämpfende deutsche Grünen-Chefin Claudia Roth in München. Danach ging es gemeinsam ins Stadion. Über den Spielausgang wollten sie zuvor nichts sagen, nur so viel: „Die Wahlen werden wir gemeinsam gewinnen.“ **i.b.**



Eva Glawischnig und Claudia Roth als Schlachtenbummlerinnen. Bild: SN

## Bundesheer zieht Bilanz

WIEN (SN). Das Bundesheer hat im Vorjahr 210.000 Mannstunden Katastrophenhilfe geleistet. Im Jahresschnitt standen jeweils 1400 Soldaten im Auslandseinsatz. Diese Arbeitsbilanz zieht das Verteidigungsministerium in seinem am Freitag veröffentlichten „Weißbuch 2012“. Aufschluss erhält man in dem Buch weiters über den Frauenanteil im Bundesheer: Mit Stand 1. Dezember 2012 versahen 357 Soldatinnen sowie 2451 weibliche Zivilbedienstete Dienst im Heer.

## „Politiker brauchen Plan B“

**Rücktritt – warum nicht?** Eine Expertin verrät, wie ein Abschied aus der Politik ohne Panikattacken möglich ist. Und warum jeder Politiker einen Beruf lernen sollte.

ANDREAS KOLLER

Regina Maria Jankowitsch, Coach für Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft, hat ein Buch über Politiker- und sonstige Rücktritte geschrieben. Die SN wollten von ihr wissen, was eigentlich so schlimm an einem Rücktritt ist.

**SN:** In Österreich muss ein Politiker schon viel verbocken, ehe er zurücktritt. Warum ist das so?

**Jankowitsch:** Es kommt durchaus zu Rücktritten, etwa auf kommunaler oder Landesebene, was aber oft unter der medialen Wahrnehmungsschwelle bleibt. Doch je prominenter die Politiker sind – ich rede hier von Bürgermeistern großer Städte, von Landeshauptleuten und Ministern –, desto problematischer wird es. Und desto eher versuchen die Parteien, einen Rücktritt zu verhindern.

**SN:** Warum ist das so?

**Jankowitsch:** Erstens weil wir in Österreich keine ausgeprägte Konflikt- und Fehlerkultur haben. Vor allem in der Politik gilt es als Untugend, Selbstkritik zu üben. Im Wirtschafts- und im Wissenschaftsbereich ist es schon viel gebräuchlicher, auch kritisches Feedback zu akzeptieren und offen über Defizite und Schwächen zu reden.

**SN:** Wenn Siemens-Generaldirektor Löscher zurücktritt, erhält er eine Abfertigung in Millionenhöhe. Wenn Bundeskanzler Faymann zurücktritt, steht er beruflich vor dem Nichts. Ist das einer der Gründe, warum Politiker sich derartig an ihre Ämter klammern?

**Jankowitsch:** Durchaus. Politiker haben meist keinen Plan B und dadurch eine hohe Abhängigkeit von der politischen Funktion. Politiker wären gut beraten, davon auszugehen, dass die Politik nur eine Phase in ihrem Leben ist. Das würde verhindern, dass am Ende der politischen Funktion Panikattacken stehen. Eine nur befristete politische Tätigkeit würde auch



Politik sollte nur eine Phase im Leben sein: Regina Maria Jankowitsch, Coach und Autorin.

Bild: SN/KOLLER

verhindern, dass sich die Politiker in ihrem überaus anstrengenden Job gesundheitlich aufreiben.

**SN:** Die Politik ist also kein Beruf für das ganze Leben?

**Jankowitsch:** Genau. Man könnte durchaus darüber nachdenken, ob nicht eine zeitliche Begrenzung der politischen Funktion eingeführt werden soll. Wer beispielsweise zwei Legislaturperioden im Nationalrat war, soll durchaus auch weiter in der Politik bleiben dürfen – aber in einer anderen Funktion.

**SN:** Sollten Politiker wie normale Angestellte durch Kündigungsfristen und Abfertigungen sozial abgesichert werden?

**Jankowitsch:** Das könnte sinnvoll sein. Es darf aber nicht dazu führen, dass sich die Politiker als pragmatisiert betrachten. Ich hielte es für klüger, dafür zu sorgen, dass jeder, der in die Politik geht, in irgendeinem anderen Fachwissen haben muss. Also eine Ausbildung oder ein Studium. Dann fiele

es den Politikern leichter, in ihr ursprüngliches berufliches Umfeld zurückzukehren.

**SN:** Als Alfred Gusenbauer vorübergehend in sein berufliches Umfeld, die AK Niederösterreich, zurückkehrte, erntete er viel Spott.

**Jankowitsch:** Ja, leider. Es würde zu einer Verbesserung der Rücktrittskultur führen, wenn die Öffentlichkeit einen solchen Schritt nicht als Rückschritt begreifen würde. Es herrscht Konsens, dass eine bessere Durchmischung der Politik mit den anderen Lebensbereichen wünschenswert wäre. Daher dürfen wir nicht jeden Wechsel von der Politik in einen anderen Lebensbereich mit Häme und Spott begleiten.

**SN:** Politiker brauchen also eine berufliche Ausbildung. Reicht das schon, um Rücktrittsfrust zu vermeiden?

**Jankowitsch:** Nicht ganz. Es ist auch wichtig, Kontakte außerhalb der beruflichen Welt zu pflegen. Sonst kommt es zu einer völligen

Abkoppelung der politischen Kaste, die sich in ihrer Angst vor dem restlichen Leben abschottet.

**SN:** Welchen Politikern der jüngeren Vergangenheit hätten Sie einen Rücktritt nahegelegt?

**Jankowitsch:** Zunächst fällt mir natürlich Silvio Berlusconi ein. Und US-Präsident George Bush, und zwar als sich herausstellte, dass seine Warnung vor Massenvernichtungswaffen im Irak eine Lüge war. Oder Norbert Darabos. Wäre ich sein Coach gewesen, hätte ich ihm den Rücktritt empfohlen, als er den Arbeitsrechtsprozess gegen seinen Generalstabschef Entacher verlor. Damit hatte er jede Glaubwürdigkeit im eigenen Ressort eingebüßt. Ein zweites Mal hätte Darabos zurücktreten müssen, als sein Projekt des Berufsheers scheiterte. Ein Rücktritt hätte sowohl ihm als auch seinem Amt genützt.

Regina Maria Jankowitsch: „Tretet zurück!“ Das Ende der Aussitzer und Sesselkleber. Ueberreuter.

## Wie die Jungen wählen

Papamonat und Kondome: Die Erstwähler sind eine heftig umworbene Zielgruppe

WIEN (SN, APA). Rund 348.000 Wahlberechtigte sind laut Statistik Österreich bei der Nationalratswahl 2013 Erstwähler, die 2008 noch nicht wählen durften.

Untersuchungen über das Wahlverhalten der jüngsten Wähler gibt es nur wenige. Anfangs recht intensiv erforscht wurde ihre Wahlbeteiligung; sie liegt laut den Meinungsforschern im Durchschnitt der Bevölkerung. Die Parteipräferenzen der Jungstwähler sind stark schichtspezifisch: Berufsschüler wählen laut SORA-Institut fast nur SPÖ und FPÖ, Absolventen höherer Schulen fast nur SPÖ, Grüne und ÖVP.

„Was würdest du als Bundeskanzler tun?“ Diese Frage stellt das Team Stronach den Jugendlichen. Für die beste Idee winken 100.000 Euro. „Wir wollen die Ideen der Jugendlichen hören und sind überzeugt, dass sie alle zusammen bessere Ideen haben als der Bundeskanzler“, erklärte Klubobmann Robert Lugar.

Bei den übrigen Parteien sind die Themen des Jugendwahlkampfes dieselben wie im „normalen“ Wahlkampf. Bei der SPÖ beispielsweise Wohnen, Arbeit, Bildung. Der Unterschied zum „normalen“ Wahlkampf liegt im Detail. Im Bereich Arbeit sind etwa gerecht bezahlte Arbeitsplätze, höhere Einstiegsgehälter und ein Papamonat für alle die Forderungen, die die Jungen anziehen sollen. Die FPÖ wiederum setzt auch bei den Jungen auf das Thema Zuwanderung.

Als Präsente an die Erstwähler sind Kondome sehr beliebt, bei der FPÖ mit dem Aufdruck „Um Längen voraus“ und „Stark im Kommen“ versehen.

Die ÖVP hat als einzige der Parteien einen leibhaftigen Staatssekretär als Stimmenmagnet für die Jugend zu bieten. Sebastian Kurz, der auch Obmann der Jungen ÖVP ist, tourt mit einem entsprechend dichten Terminkalender durch ganz Österreich. Und die Grünen

haben eine Jugendzeitschrift namens „Eva“ auf den Markt gebracht – beiliegendes Kondom inklusive.

Dass die 16-Jährigen schon mitentscheiden dürfen, ist noch nicht allzu lang der Fall. Die Premiere gab es am 6. Oktober 2002, und zwar bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen im Burgenland. Diesem Beispiel wurde zunächst nur auf Kommunalebene gefolgt. Aber im Juni 2007 wurde die Absenkung des aktiven Wahlalters von 18 auf 16 Jahre vom Nationalrat beschlossen – in einem großen Wahlrechtspaket, mit dem auch das passive Wahlalter (also das Mindestalter für Kandidaten) auf 18 Jahre (außer für die Bundespräsidentenwahl) hinuntergesetzt, die Briefwahl eingeführt und die Legislaturperiode auf fünf Jahre verlängert wurde.

Danach mussten auch alle Bundesländer das Mindestalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken.

## Verfahren gegen Karin Gastinger eingestellt

WIEN (SN). Die Justiz hat die Ermittlungen gegen Ex-Justizministerin Karin Gastinger im Zusammenhang mit der Telekom-Affäre eingestellt. Die Telekom soll den BZÖ-Wahlkampf 2006 mit 960.000 Euro unterstützt haben, davon 240.000 Euro für Gastingers damals geplanten Persönlichkeitswahlkampf. Weil Gastinger kurz vor der Wahl zurücktrat, wurde die Kampagne abgeblasen und der Großteil der Mittel an die Partei weitergeleitet. Der damalige Pressesprecher der Ministerin steht wegen der Angelegenheit nun mit fünf weiteren Angeklagten in Wien vor Gericht. Die für Gastingers Kampagne zuständige Werbeunternehmerin wurde bereits zu 20 Monaten bedingter Haft verurteilt. Gastinger selbst wird in der Causa aber nun nicht belangt. Es sei ihr nicht bewusst gewesen, woher die Mittel gekommen seien, entschied die Justiz.